

vorzugehen, dessen Ausmaß „die moralische Korruptheit“ der spanischen Gesellschaft offenbare. Der Anklage folgt eine in kirchlichen Dokumenten nicht eben häufig anzutreffende *selbstkritische Einsicht*, die es verdient, hervorgehoben zu werden: „Es ist möglich, daß die Kirche in Spanien und ihr Lehramt zu sozialen Fragen ihren Teil Verantwortung dafür tragen, daß das Steuergewissen in Spanien auch heute noch übermäßig schwach ausgeprägt ist.“ Zu diesem Phänomen befragt, erklärte der Vorsitzende der Sozialkommission Bischof *Ramón Echarren Istúriz*, Spanien habe „eine lange Tradition, nach der die ethische Dimension des Geldes in der Kirche wie in der Gesellschaft keine Rolle spielte ... Geld und Glauben, so denkt man, sind einander fremde Welten, und für viele hat der Glaube nichts mit den Geschäften dieser Welt zu tun“ (Vida Nueva, 15. 12. 84).

Während der Durchschnittsspanier in Fragen der Individualethik etwa des sechsten Gebots durchaus sein Gewissen spüre, sei das im Falle des siebten Gebots anders: „Man hat dieses Gebot nicht in seiner ganzen Fülle verkündet, sondern das Stehlen nur auf dem Hintergrund des absoluten Eigentumsbegriffs nach römischem Recht verstanden.“ Das quasi wertfreie, von der christlichen Sozialethik weithin absehbare Agieren im wirtschaftlichen Bereich wachse sich zu der „*schweren Sünde unsolidarischen Handelns*“ aus, heißt es in dem Dokument der bi-

schöflichen Kommission weiter. Außer der Steuerhinterziehung zählt das Dokument dazu die Kapitalflucht, das beträchtliche Ansteigen der Schattenwirtschaft, die in Spanien weitverbreitete Mehrfachbeschäftigung, die egoistische Verteidigung der Löhne und Gehälter, fehlende Investitionsbereitschaft unter dem – oft vorgeschobenen – Vorwand eines zu hohen Risikos, übertriebenen Luxus, unverhältnismäßig hohe Einkünfte in einigen freien Berufen und die Vetternwirtschaft bei der Verteilung neuer Arbeitsplätze.

Zur Begründung führen die Bischöfe aus, daß es nicht vorrangig um Solidarität unter den Arbeitern gehe, sondern vor allem *Solidarität der Arbeitsplatzbesitzer mit den Arbeitslosen* und den Empfängern kleiner Renten gefordert sei, wenn es nicht zu einem „Klassenkampf zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen“ kommen solle. Daher könne es die Kirche in der gegenwärtigen Lage nicht gutheißen, wenn Streik mit dem Ziel weiterer Lohnerhöhungen ausgerufen werde. Gerade in einer Wirtschaftskrise gelte es, Einzel- und Gruppeninteressen dem Gemeinwohl unterzuordnen.

Eine Gelegenheit, die Gewissen wachzurütteln

In einem „hoffnungsvollen Ausblick“ skizziert das Dokument dann doch den Entwurf einer „neuen Zivilisation

mit einer Wirtschafts- und Sozialordnung jenseits von Kapitalismus und Sozialismus, Systeme, die in noch so sozialisierten bzw. demokratisierten Formen sich als untauglich für eine humanere Wirtschaftsordnung erwiesen haben, wie sie ein christliches Menschenbild fordert“. „Es ist möglich, daß die göttliche Vorsehung uns mit dieser Krise und ihren leidvollen Folgen eine neue Gelegenheit bietet, unseren bisherigen Lebensstil aufzugeben, unser Gewissen wachzurütteln, zu neuen, gerechteren Formen des Zusammenlebens zu finden.“ Dies gelte gerade auch im Blick auf die ungeheure Armut in der Welt.

Daß das Dokument mit öffentlichem Schweigen übergangen wurde, hatte der Bischof fast erwartet. In einem Land, das erst lernen muß, daß die Demokratie nicht per se die Probleme löst, das von der Notwendigkeit einer Solidargemeinschaft noch zu überzeugen ist und mit deren Verwirklichung nicht weniger Probleme hat als andere, wirken die Verfasser dieses sozialkritischen Dokuments ein wenig wie Rufer in der Wüste. Auch die Kirche hat es zunehmend schwerer, auf die spanische Gesellschaft einzuwirken, die der Nachholbedarf aus dem Spanien der Diktatur in eine Säkularisierungswelle schwemmt. So belegt das – gegenüber dem eigenen Kirchenvolk – mutige Dokument, daß die Stimme der Kirche an Kraft gewonnen hat; die Reaktion zeigt jedoch, daß man weniger auf sie hört. G. B.

Wirtschaft und Moral

Ein Lateinamerikadialog

Begegnungen zwischen Wirtschaftswissenschaftlern und Theologen sind selten. Noch seltener Denkprozesse, bei denen Theologen zwischen Wirtschaftswissenschaftlern aus Ländern der Dritten Welt und denen der Industrieländer als Vermittler auftreten. Schon insofern war der erste Versuch eines Dialogprogramms (vom 25. Februar bis 9. März) lateinamerikanischer und deutscher Wirtschaftswissenschaftler zusammen mit Theologen und Ethikern, aber auch Vertretern der deutschen Wirtschaft von besonderem Rang. Es wurde veranstaltet vom Stipendienwerk Lateinamerika-Deutschland, ge-

fördert vom Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg und vom Bischöflichen Werk Adveniat. Die Leitung hatte der Vorsitzende des Stipendienwerkes, Prof. Peter Hünermann (Tübingen). Die inhaltliche Strukturierung des Programms lag in den Händen von Prof. Theodor Dams (Freiburg) und Prof. Norbert Klotten (Tübingen).

Auf einem Treffen der „*Consejos*“ des Stipendienwerks im September 1983 in Lima hatten die lateinamerikanischen Partner den Wunsch nach einer solchen Initiative geäu-

bert. Angesichts der sich langsam abzeichnenden Demokratisierungsprozesse bzw. des Endes der Militärdiktaturen in einigen Ländern sollte ein solcher Dialog den Lateinamerikanern Gelegenheit zur Reflexion ihrer eigenen wirtschaftspolitischen Konzeptionen geben, zudem Anregungen zur Gestaltung des Wirtschaftslebens vermitteln. Zu der einseitigen Vorherrschaft monetaristischer Wirtschaftstheorie und -politik US-amerikanischer Provenienz sollte so ein gewisses *Gegengewicht* geschaffen werden. Die 15 lateinamerikanischen Teilnehmer (aus Mexiko, Peru, Ecuador, Chile, Paraguay, Uruguay, Argentinien) könnten durch die Positionen, die sie in ihren Heimatländern innehaben, in diesem Umorientierungsprozeß einen nicht unwesentlichen Faktor bilden.

Doppelte Zielsetzung

Von Anfang an war auch geplant, Theologen bzw. Philosophen und Ethiker miteinzuladen, um das Augenmerk auf die *philosophisch-ethischen Voraussetzungen der Wirtschaftspolitik* in den einzelnen Ländern bzw. im Kontext einer anzustrebenden gerechten Weltwirtschaftsordnung zu lenken. Unter den 15 Lateinamerikanern waren so auch drei Theologen bzw. Philosophen (*Carlos Scannone*, Buenos Aires; *Juan Noemi Callejas*, Santiago de Chile; *Julio Terán*, Quito).

Die Zielsetzung war somit eine doppelte: Dialog lateinamerikanischer und deutscher Wirtschaftswissenschaftler im Blick auf Perspektiven künftiger Zusammenarbeit; Einbettung dieses Dialogs in eine Reflexion auf die philosophisch-theologischen Voraussetzungen wirtschaftlichen Handelns.

Ein erstes Experiment dieser Art versucht natürlich, die Skala der Möglichkeiten erst einmal auszuschöpfen, um Schwerpunkte zu entdecken. Das Gesprächsklima war durch Offenheit und Toleranz gekennzeichnet. Die lateinamerikanischen Gäste argumentierten in ihrer Mehrzahl aus einer *christlichen Grundorientierung* heraus. Extrempositionen (sowohl aus marxistischer wie aus liberalistischer Richtung) waren nicht vertreten. Im Unterschied zu den deutschen Wirtschaftswissenschaftlern war bei ihnen zumeist die *Auseinandersetzung mit der katholischen Soziallehre* (besonders mit der Enzyklika „*Laborem exercens*“) fast eine Selbstverständlichkeit.

Die Tagung begann mit einer anthropologischen und moraltheologischen Reflexion auf die Wirklichkeit des „homo oeconomicus“. *Carlos Scannone* stellte den beginnenden Dialog in den Rahmen einer geforderten kritischen und interdisziplinären Theorie der gegenwärtigen Epoche. Im Anschluß an „*Laborem exercens*“ wurde von den theologischen Gesprächspartnern immer wieder der *Vorrang der Arbeit* (als Selbstverwirklichung des Menschen) vor dem Kapital, der Person vor den Sachen eingeklagt, bei den Lateinamerikanern verbunden mit einer vorrangigen *Option für die Armen*. Die theologisch-philosophische Reflexion als Ideologiekritik sollte dabei jedes sich verabsolutierende, geschlossene Wirtschaftssystem

aufbrechen. Ein grundsätzliches theologisches Dilemma zeichnete sich darin ab, daß Theologie (gerade als Theologie der *Befreiung*) als Zielperspektive ein positives Menschenbild voraussetzt, in das der „homo oeconomicus“ – in wirtschaftswissenschaftlicher Sicht sozusagen nur ‚zufällig‘ sozial – integriert werden muß.

Die Frage nach dem angemessenen Wirtschaftsmodell

Diese Grundsatzdiskussion wurde am Donnerstag und Samstag der ersten Woche fortgesetzt und so mit den wirtschaftswissenschaftlichen Vorträgen verzahnt. Schwieriger gestaltete sich dabei die Frage nach einem Zusammen ethischer und ökonomischer Reflexion in konkreten wirtschaftlichen Fragen, nach einer Operationalisierbarkeit ethischer Axiome.

Der Tübinger Moraltheologe *Dietmar Mieth* sprach hier von einer *negativen* Beweislast der ökonomischen Effizienz im Blick auf ethische Ziele, die sie nicht zerstören darf, aber von einer *positiven* Beweislast der ethischen Effizienz im Blick auf die Wirtschaft, indem sie *auch* ökonomisch aufbauend wirken sollte.

Faszinierend war die Beobachtung, wie sich gleichsam von selbst an konkreten Fragen ein Dialog der Disziplinen entzündete, etwa an der Frage der bedrohlichen *Auslandsschuldenlast* der lateinamerikanischen Länder (zusammen etwa 350 Mrd. Dollar). Wessen „Schuld“ sind diese „Schulden“? Übernimmt eine gewählte Regierung die Verantwortlichkeit einer voraufgegangenen Diktatur, die sich verschuldet hat? Wie ist der Begriff „öffentlich“ (bei Schulden) in den einzelnen Fällen zu bestimmen?

Daß in diesem Prozeß einer *ethischen Grundorientierung* der Wirtschaft gerade der Kirche und ihrer Pastoral eine wichtige Rolle zukommt, unterstrich auch Bischof *Georg Moser* bei einem Empfang der Gäste im Bischofshaus in Rottenburg.

Neben dieser Grundsatzdiskussion, die – verbunden mit methodologischen Fragen – immer wieder aufbrach, stand die Frage nach einem *angemessenen Wirtschaftsmodell* für die Länder Lateinamerikas im Mittelpunkt.

Während *Hans-R. Hemmer* (Gießen) nach Formen der Übertragbarkeit der Sozialen Marktwirtschaft auf die Entwicklungsländer suchte, warnte *Carlos Moyano* (Buenos Aires) vor einem übereilten Kopieren von Wirtschaftsmodellen der hochentwickelten Industrienationen. Diese befänden sich selbst in einem *Umbruchprozeß auf eine postindustrielle Gesellschaft* hin, einem Prozeß, der zugleich die Infragestellung eigener Prämissen bedeute (z. B. im Blick auf ökologische Probleme). Die Länder Lateinamerikas hätten so eine Chance, rechtzeitig bestimmte Fehlentwicklungen der Industrienationen zu umgehen. Moyano sah dadurch auch bessere Voraussetzungen für eine Vermittlung traditioneller kultureller und sozialer Werte seiner Heimat mit dem industriellen und technologischen Fortschritt gegeben.

Im Wechselspiel deutscher und lateinamerikanischer Referenten wurden die seit dem Zweiten Weltkrieg hier wie dort leitenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle einer Prüfung unterzogen (auf deutscher Seite referierten die Professoren Joachim Starbatty, Marcel Schweizer und Norbert Kloten, alle Tübingen; auf lateinamerikanischer Seite die Professoren Humberto Vega, Santiago de Chile; Felipe Tami, Buenos Aires, Eduardo Valencia, Quito, und Jürgen Schuldt-Lange, Lima). Beachtung fand die scharfsinnige Analyse von *Jürgen Schuldt* für den Fall Peru, die aber – mit Einschränkungen – für Lateinamerika insgesamt gültig sein dürfte. Gezeigt wurde, wie die Abfolge bestimmter wirtschaftspolitischer Strategien (orthodoxer Liberalismus, „Strukturalismus“ bis etwa 1965 und – nach einer Übergangszeit – neoliberalistischer Monetarismus seit etwa 1975) mit einem bestimmten Staatstyp, der Herrschaft bestimmter Schichten und einer jeweiligen „Entwicklungsstrategie“ verzahnt ist.

Der Faktor Arbeit und die Option für die Armen

Ein gegenüber Einzelproblemen manchmal überhandnehmendes Interesse der Lateinamerikaner an *Grundsatzfragen* prägte die Diskussion. Die Rolle des Faktors „Arbeit“ stand im Mittelpunkt. Über eine Option für die Arbeit und den Aufbau einer demokratisch orientierten Arbeiterschaft vermittelte sich auch die Option für die Armen, meinte *Humberto Vega*. Utopische Entwürfe, wie den einer Arbeiterselbstverwaltung für Ecuador (*Eduardo Valencia*), wurden dabei nicht gescheut.

Die deutschen Wirtschaftswissenschaftler artikulierten hier eher eine Abwehrhaltung gegenüber einem Denken von der „faktischen Kraft des Normativen“ her (*Hans-R. Hemmer*). Bei den lateinamerikanischen Theologen wurde ein zu vorschnelles Überspringen der ökonomischen Eigengesetzlichkeit konstatiert. Dietmar Mieth fragte überdies an, ob das an die Industrialisierung gebundene Modell „Arbeit“ noch universale Gültigkeit beanspruchen könne. Einer einseitigen Präferenz der Arbeit vor dem Kapital stellte Norbert Kloten die Forderung nach Kapitalbildung auch der Arbeiter entgegen. Er verteidigte das Wettbewerbsprinzip für die Länder der Dritten Welt, wenn hier Wettbewerb als „wirksamer“ (und damit bei der Suche nach neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten hilfreicher), nicht als „purer“ Wettbewerb verstanden werde.

Die lateinamerikanischen Wirtschaftswissenschaftler warfen ihrerseits den deutschen Kollegen eine allzugroße Zufriedenheit mit dem eigenen Wirtschaftssystem vor, die sie für utopische Entwürfe und eine ganzheitliche Sicht von „Entwicklung“ weniger empfänglich mache.

Gegen Ende der ersten Woche wurde die Verflechtung der Wirtschaftspolitik der lateinamerikanischen Länder untereinander, mit den USA und der Europäischen Gemeinschaft dargestellt und reflektiert, mündend in die

Frage nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung aus der Sicht der katholischen Soziallehre (*Mieth, Terán*). Zwei Vertreter der deutschen Wirtschaftsinstitute (*Manfred Wegner*, Ifo-Institut, München; *Frank Weiss*, Institut für Weltwirtschaft, Kiel) referierten dabei – durchaus kontrovers – über die Politik der EG. Wegner, der fast 20 Jahre bei der Europäischen Kommission gearbeitet hat, warb um Verständnis für diese Politik, auch im Agrarbereich. Weiss wies die versteckten Protektionismen auf und plädierte für eine wirkliche Öffnung des europäischen Marktes zugunsten der neuen Demokratien Lateinamerikas. Die Lateinamerikaner antworteten am Nachmittag (*Ricardo Rodriguez*, Paraguay; *Santiago Gastaldi*, Argentinien; *Jorge Mata-Murillo*, Mexiko; *Ricardo Horta*, Uruguay). Daß im Vergleich mit Europa einer Integration des Marktes in Lateinamerika viel größere Schwierigkeiten im Wege stehen (besonders das *Souveränitätsverständnis der Länder*), zeigten die Vorträge der Professoren *Reinhard Zorn* (Chile), *Masimo Vega Centeno* (Peru) und *Dieter Hübenthal* (Ecuador) vor allem am Beispiel des Andenpakts (seit 1969).

Die zweite Woche war überwiegend für Exkursionen vorgesehen. Den Gästen wurde dabei innerhalb der hochentwickelten Bundesrepublik vor allem das Land Baden-Württemberg, „bekannt durch seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Dynamik“ (Ministerialdirektor *Weidenbach*, Wirtschaftsministerium, Stuttgart), vor Augen geführt. Der Stolz der deutschen Referenten über die relativ gesunde Wirtschaftsstruktur (die Arbeitslosenquote etwa liegt in Baden-Württemberg bei 5,8% gegenüber 9,4% im Bundesdurchschnitt) als Folge einer Förderung vor allem mittlerer Unternehmen, hinderte die Gäste nicht, auch *kritische Rückfragen an den technologischen Optimismus* zu stellen.

Welche Rolle spielen ökologische Probleme bei der Wirtschaftsplanung? Wieviel Technologie ist menschlich zuträglich? Die Diskussion im Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung (Stuttgart), in dem den Lateinamerikanern ein gelungenes Beispiel des Zusammenspiels von Industrie und (angewandter) Wissenschaft bei der Entwicklung neuer Technologien vorgeführt wurde, öffnete sich so in eine Vision einer zukünftigen Industriegesellschaft mit einer qualitativ ganz neuen Verteilung von Arbeit und Freizeit, mit einer Umstrukturierung auch der menschlichen Bedürfnisse. Der folgende Tag veranschaulichte das Gehörte durch die Besichtigung eines mittelständischen Betriebes (Firma *Balluff*, Neuhausen) und eines Großbetriebes (Firma *Bosch*, Entwicklungs- und Fertigungsbereich). Durch die Teilnahme von Vertretern der Betriebs- bzw. Aufsichtsräte bei diesen Besichtigungen (in Lateinamerika nicht übliche Instanzen) wurde auch das vorausgegangene Referat von *Dieter Wagner* (DGB-Bundesvorstand) über die deutsche Gewerkschaftsbewegung um den Blick in die Praxis ergänzt.

Wie bei den Fragen der Mitbestimmung, so wurden die Gäste auch durch den Hinweis auf die geschichtlich er-

rungene, relative Autonomie der Kommunen auf langsam gewachsene Freiheitsstrukturen aufmerksam (Exkursion nach Rottenburg; Referate von Oberbürgermeister *Löffler*, Regierungspräsident *Gögler* und dem Politologen Professor *Wehling*).

Durch Anschauung verfestigte Positionen auflockern

Eine Exkursion zum Thema „Landwirtschaft in der Industriegesellschaft“ endete mit einer Diskussion über das Genossenschaftswesen. Ministerialdirektor *Sabel* vom Landwirtschaftsministerium, Stuttgart, Präsident *Ludger Reddemann* von den baden-württembergischen Bauernverbänden und Präsident *Kißling* vom Württembergischen Genossenschaftsverband schilderten vor allem die Auswirkungen der Agrarbeschlüsse der EG auf die deutsche Landwirtschaft.

Weiterhin standen noch ein Besuch bei der Landeszentralbank, Stuttgart, mit Vortrag von Professor *Kloten* über die Politik der Bundesbank, sowie eine Exkursion zum Thema Bildungspolitik auf dem Programm. Sie führte zur Berufsakademie Heidenheim, einem Beispiel für den nur in Baden-Württemberg existierenden Sonderweg der Berufsakademien, also der Weiterführung des „dualen Systems“ im tertiären (Bildungs-)Bereich. Nach einer Vorstellung dieses Modells durch den Direktor der Berufsakademie Heidenheim, Professor *Kurt A. Hildenbrand*, folgte am Beispiel des für die Lateinamerikaner neuen „dualen Systems“ der Berufsbildung eine Reflexion über den Zusammenhang von Erziehung und wirtschaftlicher

Entwicklung, über die Rolle also des neben Arbeit und Kapital dritten Produktionsfaktors „intellektuelles, menschliches Kapital“ (Professor *Neuser*, Bielefeld). Ministerialrat *Ludwig Gieseke* vom Bildungsministerium, Bonn, stellte abschließend das deutsche Hochschulsystem vor.

Die lateinamerikanischen Teilnehmer fragten im Blick auf die Berufsakademien an, ob durch deren Verquickung mit der Industrie nicht einem einseitigen Vorrang der Leistungsorientierung und raschen Verfügbarkeit der Studenten und einer ideologischen Naivität Vorschub geleistet würde. Andererseits bewunderten sie insgesamt das Zusammenspiel von Erziehungs- und Wirtschaftssystem in Deutschland. In Lateinamerika gibt es keine vergleichbare Differenzierung des Bildungswesens und auch keine so differenzierte Berufsbildung, was zu einer Krise der dortigen Universitäten geführt hat.

Die Auswertung des Seminars, bei der auch eine Publikation geplant wurde, ergab ein einhelliges Interesse der Teilnehmer an einer Fortsetzung unter zugespitzter Themenstellung (etwa: Beschäftigungspolitik in Lateinamerika; Tagungsort vermutlich Quito).

Hierin läge die Chance für beide Seiten (Theologie/Philosophie und Wirtschaftswissenschaften), an konkreten Problemen in jenes Dialogfeld einzutreten, das den Theologen zwingt, aus einer Position des Pauschalprotests gegenüber der Wirtschaft und der Evokation von allgemeinen Prinzipien (wie Freiheit oder Gerechtigkeit) „herabzusteigen“, wie es andererseits eine sich selbstgenügsam und positivistisch gebende Wirtschaftswissenschaft aufsprengen könnte.

Hermann Weber

„Bei allem, was wir sagen, an die anderen denken“

Ein Gespräch mit Pierre Duprey aus Anlaß von 25 Jahren Einheitssekretariat

Am 5. Juni werden es 25 Jahre seit der Gründung des päpstlichen „Sekretariates zur Förderung der Einheit der Christen“, kurz Einheitssekretariat genannt. Wir nahmen dieses Datum zum Anlaß eines Gesprächs über ökumenische Fragen aus der Sicht des Sekretariates mit dessen Sekretär, P. Pierre Duprey PA. Wir wollten damit nicht eine Bilanz von 25 Jahren Ökumene aus katholischer Perspektive ziehen, sondern uns vor allem auf den aktuellen Problemstand konzentrieren. Die Fragen stellte David Seeber.

HK: Pater Duprey, das Einheitssekretariat besteht jetzt seit 25 Jahren. Sie waren fast von Anfang an mit dabei und sind seit 1984 sein Sekretär. Um mit einer vielleicht etwas naiven Frage zu beginnen: was waren in diesen Jahren für Sie die positivsten, was die negativsten Erfahrungen?

Duprey: Das Allerbedeutendste und im Sinne Ihrer Frage

Positivste war für mich universalkirchlich gesehen der eklesiologische Umdenkungsprozeß, der im Konzil Grundlage der ökumenischen Arbeit geworden ist. Ohne „Lumen gentium“ gäbe es kein Ökumenismusdekret. Ohne die entschiedene Hinwendung der Kirche zu ihrem Herrn und die Selbstprüfung der Kirche im Lichte seines Wortes und die Bereitschaft, in diesem Licht auch die anderen anders sehen zu lernen, gibt es keinen wirklichen Ökumenismus.

HK: Aber neben dieser gewiß für alle grundlegenden Erfahrung eines neuen Aufbruchs durch eine Art ökumenischer Konversion der Kirche selbst, hat es vor allem in den Jahren danach, im Blick auf die eigene Kirche und, ich denke, auch im Blick auf die anderen an Negativem und an Rückschlägen nicht gefehlt ...